

Oliver Auge (Hg.)
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
350 Jahre Wirken in Stadt, Land und Welt



Christian-Albrechts- Universität zu Kiel

350 Jahre Wirken in Stadt, Land und Welt

Herausgegeben von Oliver Auge

350

WACHHOLTZ
MURMANN PUBLISHERS

1. Auflage 2015

© 2015 Wachholtz Verlag – Murmann Publishers, Kiel/Hamburg

Das Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das
gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: Wachholtz Verlag
Satz und Layout: Das Herstellungsbüro, Hamburg
Printed in Germany
ISBN 978-3-529-05905-6

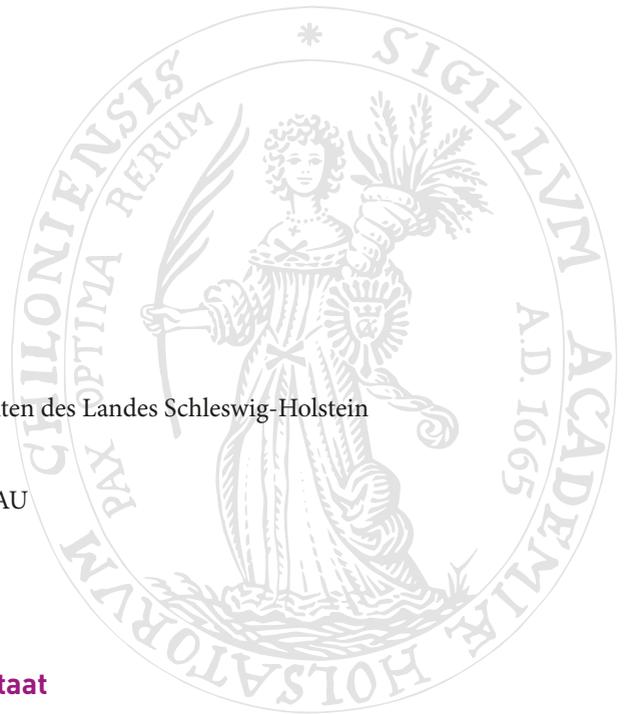
Besuchen Sie uns im Internet:
www.wachholtz-verlag.de

Inhalt

- Torsten Albig
11 Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein
- Lutz Kipp
13 Vorwort des Präsidenten der CAU
- Oliver Auge
19 Vorwort des Herausgebers

Verhältnis zu Stadt und Staat

- Ulf Kämpfer
29  Lebendige Zweierbeziehung: Die CAU und die Landeshauptstadt Kiel
- Kristin Alheit
41  Die CAU und das Land Schleswig-Holstein
- Uta Kuhl
51  Wissenschaften und die Gelehrsamkeit um ihrer selbst willen – Die Gottorfer Herzöge als Förderer der Wissenschaft
- Olaf Mörke
67  Das Verhältnis von Universität und Staat im Spannungsfeld von Selbst- und Fremdbestimmung
- Swantje Piotrowski
107  Die Finanzierung der Christiana Albertina in der Frühen Neuzeit 1665 bis 1800
- Gerhard Fouquet
141  »Woher das Geld nehmen zur Verbesserung der Universität?« – Die Finanzen der Kieler Universität 1820 bis 1914



-
- Klaus Gereon Beuckers**
- 175  Gebaute Bildungspolitik. Die architektonische Entwicklung der CAU
- Oliver Auge**
- 216  Die CAU feiert: Ein Gang durch 350 Jahre akademischer Festgeschichte
- Martin Göllnitz**
- 260  »Hier schweigen die Musen« – Über die erfolgten Schließungen und geplanten Aufhebungen der Christiana Albertina
- Ludwig Steindorff**
- 277  Die Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft

Die Fakultäten

- Rudolf Meyer-Pritzl**
- 291  Die Rechtswissenschaftliche Fakultät
- Wolfgang J. Duschl**
- 305  Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät
- Joseph-Alexander Verreet**
- 313  Die Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät
- Thorsten Burkard und Markus Hundt**
- 329  Die Philosophische Fakultät
- Andreas Müller**
- 344  Die Theologische Fakultät
- Jörn Henning Wolf**
- 360  Streiflichter auf das Leistungsspektrum und wissenschaftliche Forschungsprofile der Kieler Hochschulmedizin in der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart

Michael Illert und Ulrich Stephani

- 378  Die Medizinische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel – Im 350. Jahr

Horst Raff

- 391  Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Frank Paul

- 405  350 Jahre CAU – 25 Jahre Technische Fakultät

Forschende, Lehrende, Studierende

Oliver Auge

- 425  Der Kieler Professor bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts – Eine typologische Annäherung

Swantje Piotrowski

- 451  Vom Wandel der Fakultätenhierarchie und der Entwicklung des Lehrkörpers an der Christiana Albertina in der Zeit von 1665 bis 1815

Martin Göllnitz

- 498  Forscher, Hochschullehrer, Wissenschaftsorganisatoren: Kieler Professoren zwischen Kaiserreich und Nachkriegszeit

Gabriele Lingelbach

- 528  Akkumulierte Innovationsträgheit der CAU: Die Situation von Studentinnen, Wissenschaftlerinnen und Dozentinnen in Vergangenheit und Gegenwart

Rainer S. Elkar

- 561  Beteiligung und Verantwortung – Ausschnitte einer studentischen Geschichte zu Kiel

Wilfried Müller

- 611  Die Kieler Studierendenbewegung – Eine persönliche Chronologie

Stefan Bichow

- 622  »Verfolgung und Ermordung der Universitätswürde 1968« – Die Studentenproteste an der Christian-Albrechts-Universität

Franz Hausmann

- 637  Vom »Tumult« zu einer studentischen Interessenvertretung

Lena Denecke

- 648  Der AStA der CAU von 1968 bis 2008

Steffen Regis

- 664  Von, mit, für Studierende! – Über die Studierendenvertretung der CAU in den Jahren 2008 bis 2014 und ihre Perspektiven

Jan-Peters Janssen

- 679  Leibesübungen und Sport an der Kieler Universität – von der Dänenzeit bis zur Weimarer Republik

Exzellenz im Norden

Gerd Hoffmann-Wieck

- 699  Das GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel und die Geschichte der Kieler Meereskunde

Martin Visbeck und Ralph R. Schneider

- 724  Exzellenzcluster *Ozean der Zukunft*

Denis Schimmelpfennig

- 736  Forschungsschwerpunkt Nanowissenschaften und Oberflächenforschung

Johannes Müller

- 748  Von Johanna Mestorf zur Akademie – Die Rolle von Gesellschaft, Archäologie und Landschaft an der CAU

Stefan Schreiber

- 775  Exzellenzcluster *Entzündung an Grenzflächen*

Weltwissen – Die Sammlungen

Else Maria Wischermann

- 799  Geschichte und Gegenwart der Universitätsbibliothek –
350 Jahre im Dienst der Universität

Claus von Carnap-Bornheim

- 815  Die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen
Schloss Gottorf – Ein Essay

Anette Hüsch

- 829  Dreihundertfünfzig

Joachim Raeder

- 837  Die Antikensammlung in der Kunsthalle zu Kiel

Tobias Delfs und Martin Krieger

- 853  Das Völkerkundemuseum der CAU

Dirk Brandis und Wolfgang Dreyer

- 881  Die zoologischen Schätze der Universität – Ein Jubiläum
im Jubiläum

Andreas Villwock

- 895  Aquarium des Instituts für Meereskunde an der Universität
Kiel – Heute: Aquarium GEOMAR

Eckart Bedbur

- 907  Die Geologische und Mineralogische Sammlung

Eva Fuhry

- 915  Die Medizin- und Pharmaziehistorische Sammlung

Martin Nickol

- 926  Die Geschichte des Botanischen Gartens

Jobst Sievers und Bernhard Tillmann

- 938  Die wissenschaftliche Sammlung im Anatomischen Institut der CAU

Die CAU International

Oliver Auge und Martin Göllnitz

- 949  Kieler Professoren als Erforscher der Welt und als Forscher in der Welt: Ein Einblick in die Expeditionsgeschichte der Christian-Albrechts-Universität

Michael Müller-Wille

- 973  Rektoratsverbindungen zu den Universitäten Rostock und Greifswald sowie zu Hochschulen der Ostseeanrainerstaaten (1989 bis 1992)

Martina Schmode

- 991  Hinter dem Horizont geht's weiter – Zur Entwicklung des International Center und internationaler Beziehungen der CAU

Sebastian Elsässer

- 1005  Wie forscht und lehrt man »international«? Das Beispiel der Orientalistik an der CAU

Anhang

- 1021 Abbildungsverzeichnis
- 1025 Verzeichnis der Autorinnen und Autoren



Forscher, Hochschullehrer, Wissenschaftsorganisatoren: Kieler Professoren zwischen Kaiserreich und Nachkriegszeit

von *Martin Göllnitz*

Der hier betrachtete Zeitraum umfasst gut acht Jahrzehnte, in denen das Deutsche Reich in schneller Abfolge sechs unterschiedliche politische Systeme erlebte: das wilhelminische Kaiserreich (1871 bis 1918), die Weimarer Republik (1919 bis 1933), die autoritären Präsidialkabinette (1930 bis 1933), das nationalsozialistische Regime (1933 bis 1945), die Besatzungszeit Deutschlands durch die Alliierten (1945 bis 1949) und die Bundesrepublik Deutschland bzw. die Deutsche Demokratische Republik. Zwei alle bisher gekannten Dimensionen der Kriegsführung sprengende Weltkriege prägten den Untersuchungszeitraum sowie die deutsche Gesellschaft zudem entscheidend. Den »Kieler Professor« als Typ oder zumindest besondere professorale »Kieler Charakteristiken« für diese Zeitspanne auszumachen, erscheint daher kaum lösbar und soll dementsprechend nicht Ziel dieses Beitrages sein.¹ Es können nur Entwicklungen skizziert werden, die freilich nicht auf Kiel beschränkt blieben, aber der Christian-Albrechts-Universität (CAU) als sog. »Durchgangsuniversität« ein besonderes Gepräge verliehen.

Die von Mitchell G. Ash betonten Ermöglichungsverhältnisse und -momente von Wissenschaft und Politik um Ressourcen – die vielfältiger Art und keineswegs auf finanzielle Mittel beschränkt waren – bieten sich dabei als Perspektive an, durch die sich der Untersuchungszeitraum als eine gewisse Einheit auffassen lässt.² Politik in dem hier gebrauchten Sinne geht über das Eigenleben der Kultusministerien oder akademischen Behörden (u. a. Kurator, Rektor oder Dekane) und deren wissenschaftspolitische Initiativen hinaus: Politisch ist jedes Handeln, das auf Machterhaltung, -erweiterung oder -steuerung abzielt.³ Gemeint ist damit also nicht ausschließlich eine genuin politische Sphäre, in

der z. B. Hochschullehrer aktiv in die Parteipolitik der Weimarer Republik als Reichstagsabgeordnete oder gar als Reichsminister eingebunden waren. Vielmehr fallen unter Ressourcen auch Institutsmittel, wissenschaftliches Personal bzw. weitere Angestellte, Räumlichkeiten, Karrierehoffnungen oder soziales und wissenschaftliches Prestige. Neuere Forschungsergebnisse zu den Kooperationsverhältnissen von Wissenschaft, Wirtschaft, Staat und Militär belegen darüber hinaus eindringlich, dass Ressourcenensembles gegenseitig mobilisierbar und im Prinzip politisch multivalent sind, sich also mithilfe von Netzwerken in sehr unterschiedlichen Staatsformen konstruieren lassen.⁴ Während Politiker versuchen können, wissenschaftliche Institute und Professoren für ihre Belange zu instrumentalisieren, spricht nichts gegen die Annahme, dass auch Wissenschaftler unter ähnlichen Bedingungen Ressourcen aus der politischen Sphäre zu mobilisieren in der Lage sind.⁵

Im Folgenden werden zunächst die Professionalisierung der universitären Laufbahn, das weitgehend standardisierte Berufungsprozedere sowie die Ausgangssituation der CAU im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in den Blick genommen, um anschließend nach verschiedenen Ressourcenkonstellationen zu fragen.

Die professorale Karriere

Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts setzte eine allmähliche Standardisierung der professoralen Karriere ein, die noch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges ihren Abschluss fand. Die schriftliche Habilitationsleistung hatte sich als übliche Berufungsvoraussetzung eingebürgert, die durchschnittlich vier bis sechs Jahre nach der Promotion erfolgte und als Barriere vor einer Überzahl wissenschaftlich unbedeutender Habilitanden schützen sollte.⁶ Ferner bildete die Probevorlesung vor der Fakultät mit anschließendem Kolloquium eine weitere akademische Hürde, die es zu nehmen galt. Nichthabilitierte Wissenschaftler bildeten spätestens nach 1900 die absolute Ausnahme an der CAU, wenn es um die Vokation auf einen vakanten Lehrstuhl ging. Die wenigen nichthabilitierten Ordinarien schafften diesen Sprung auf eine Professur nicht selten lediglich aufgrund ihres politischen Engagements. Drei kurze Beispiele mögen das verdeutlichen: Der praktizierende Arzt und Honorarprofessor

an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität Kurt Hildebrandt wurde 1934 als Nachfolger des beurlaubten Philosophen Julius Stenzel nach Kiel berufen, da man sich von dem bekennenden Antisemiten eine enge Verknüpfung der Naturwissenschaften und Philosophie im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung versprach; die fehlende akademische Qualifikationsstufe der Habilitation stellte für den an der Vokation maßgeblich beteiligten Rektor und Chemiker Karl Lothar Wolf kein Hindernis dar.⁷ Von einem parteipolitischen Aktionismus für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) und die Deutschen Christen profitierte auch der praktische Theologe Georg Fiedler, der weder promoviert war noch sich habilitiert hatte. Die akademische Sozialisationschleuse des deutschen Hochschulsystems war ihm ebenso fremd wie die speziellen Eigenarten des Professorenhabitus, was ihn für das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) zum geeigneten Vertrauensmann bei der Neugestaltung der Kieler Theologischen Fakultät im Wintersemester 1935/36 machte.⁸ Und sogar noch 1974, als es um die Nachfolge des Landeshistorikers Alexander Scharff ging, gaben neben wissenschaftlichen, so zumindest einige Kritiker, auch parteipolitische Verdienste den Ausschlag für den fast 65-jährigen Christian Degn, der zwar langjähriges Mitglied der Christlich Demokratischen Union (CDU) war, aber keine Venia Legendi vorzuweisen hatte.⁹

An die Habilitation schloss sich die Privatdozentenzeit an, in der die Nachwuchswissenschaftler eine freie Lehrtätigkeit ohne amtliche Verpflichtung ausübten, also nicht verbeamtet waren und meist in ungesicherten Verhältnissen lebten. Als Entschädigung erhielt der Jungakademiker, wenn er keines der raren Privatdozentenstipendien ergattern konnte, nur die von seinen Hörern gezahlten Kollegelder und war somit auf sein Privatvermögen angewiesen. Die Nachwuchswissenschaftler befanden sich während dieser Karrierephase in einer Art Wartestellung, »ohne zu wissen, wie lange das Warten dauern würde und ob es jemals von Erfolg gekrönt sein würde.«¹⁰ Die Privatdozentur war sozusagen eine sprossenlose Leiter und somit eine Laufbahn ohne eigentlichen Laufbahncharakter. Denn die Zeit als Privatdozent endete nicht mit einem Abschluss, sondern wurde nur im Erfolgsfall mit einer Berufung honoriert.¹¹ Es verwundert daher nicht, dass in die Universitätsstatuten der Passus Eingang fand, dass mit der Privatdozentur kein Anspruch auf Beförderung oder gar das Recht auf eine Berufung verbunden sei.¹² Mit der Ernennung zum nicht-

beamteten außerordentlichen Professor hingegen konnten alle Privatdozenten in der Regel nach fünf bis sechs Jahren rechnen; eine Verbesserung ihrer ökonomischen Situation stellte sich damit freilich nicht ein. Die planmäßigen außerordentlichen Professuren bedeuteten immerhin eine Sicherung des sozialen Status und ein festes Einkommen; den Höhepunkt der akademischen Karriere markierten aber auch sie nicht – dies blieb den ordentlichen Professuren bzw. Ordinariaten vorbehalten. Aus ihren Reihen rekrutierten sich die Rektoren und Dekane der Hochschulen. In ihren einflussreichen Positionen in den Universitätsgremien und im Senat sowie in den Fakultäten entschieden sie über Berufungen und die Erteilung der *Venia Legendi*.

Der Anteil der Nichtordinarien, also der Privatdozenten und nichtbeamteten außerordentlichen Professoren, stieg seit spätestens 1924 stetig an, während sich über einen längeren Zeitraum hinweg der Anteil der planmäßigen Professuren an den deutschen Hochschulen relativ kontinuierlich verringert hatte.¹³ Diese Verringerung der Planstellen sowie ökonomische Krisen – hier sei nur an die Hyperinflation des Jahres 1923 oder die Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 1930er Jahre erinnert – erschwerten die ohnehin schon extrem schwierige Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses weiter. Wenig verwunderlich erscheint daher die Reaktion des historisch eher fragwürdigen Physikers und Nobelpreisträgers Philipp Lenard vor dem Antritt seines ersten Ordinariats in Kiel 1898:

»Ich war entschlossen mit vollkommener Rücksichtslosigkeit vorzugehen, da ich den Ruf überhaupt nur angenommen hatte, um endlich uneingeschränkt und hindernislos zu einer voll ausgerüsteten Arbeitsstätte zu kommen. Ich hatte als Assistent und als zweiter Physiker lange genug alles zugegeben, um es den mir Übergeordneten so angenehm wie möglich zu machen; jetzt fordere ich das für mich.«¹⁴

Aber weder wissenschaftliches Renommee noch parteipolitisches Engagement waren eine sichere Garantie für eine Berufung. Diese Erfahrung musste auch der nichtbeamtete außerordentliche Professor für Philosophie und Pädagogik Cay Baron von Brockdorff machen, der trotz seines Enthusiasmus für den Nationalsozialismus keinen Ruf erhielt. Obwohl er seit 1921 als Nichtordinarius an der CAU lehrte und sich zahlreiche Kollegen für seine Ernennung zum Extra-

ordinarius beim Reichserziehungsminister Bernhard Rust einsetzen, lehnte die Berliner Ministerialbürokratie diese Ersuche durchweg ab.¹⁵ Nur wenige Monate vor seinem Tod wurde er schließlich zum Beginn des Wintersemesters 1945/46 in eine Planstelle berufen. Ein ähnliches Schicksal widerfuhr Bernhard Engelke, der seit 1927 als Privatdozent für Musikwissenschaft Lehrveranstaltungen an der Kieler Universität anbot. Erst in der Nachkriegszeit wurde er zum Honorarprofessor ernannt – mit dem ausdrücklichen Vermerk, die Ernennung sei aufgrund seiner Leistungen für den Wiederaufbau des Musikwissenschaftlichen Instituts und seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen erfolgt.¹⁶

Die Etablierung und Entwicklung eines geregelten Berufungsverfahrens

Zwischen den 1860er und 1880er Jahren entwickelten sich für das Berufungsverfahren an den deutschen Universitäten immer festere Regeln. Die Berufung nach Leistungskriterien etablierte sich nun endgültig, wodurch die Privilegierung von Universitätsfamilien sowie die Bevorzugung von Landeskindern und bestimmten Konfessionen allmählich aufgebrochen wurden.¹⁷ Dennoch verlor die CAU auch während des 20. Jahrhunderts nicht ihren Charakter als protestantische Universität, wie eine statistische Auswertung der Jahre von 1919 bis 1965 ergibt; demnach verteilte sich die Religionszugehörigkeit der Hochschullehrer folgendermaßen: Bei 425 Professoren wurde im Stammbuch als Religionszugehörigkeit evangelisch vermerkt, 66 waren bei Amtsantritt katholisch, 15 ohne Konfession, 13 jüdischen Glaubens und nur drei gaben »gottgläubig« an.¹⁸ Die Zahl der evangelisch getauften Juden ließ sich leider nicht ermitteln und der Anteil der »gottgläubigen« Professoren dürfte erheblich höher gelegen haben, ohne dass dies im Nachhinein in der Personalakte vermerkt wurde.

Trat die Vakanz eines Lehrstuhls ein, erstellte die Fakultät eine Dreierliste, d. h. sie wählte unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten aus den infrage kommenden habilitierten Kandidaten drei Personen aus und leitete diese Liste an das vorgesetzte Ministerium weiter – eine Bewerbung auf vakante Lehrstühle war hingegen ausgeschlossen. Innerhalb der Ministerialbürokratie wurden die ins Auge gefassten Kandidaten außerdem auf ihre didaktischen Fähigkeiten

geprüft; im Regelfall durch Vertrauensmänner, die inkognito an Vorlesungen des Betreffenden teilnahmen.¹⁹ Den Abschluss des Verfahrens stellte die eigentliche Berufung dar. Üblicherweise entsprach der frisch Ordinierte auch dem Fakultätsvotum, nur in seltenen Fällen gab es Abweichungen von den Dreierlisten.²⁰ Dies kam vor allem dann vor, wenn der mächtige preußische Ministerialdirektor Friedrich Althoff einer Fakultät seine Auffassung oktroyierte. Der Straßburger Professor für französisches und deutsches Zivilrecht prägte unter fünf Kultusministern von 1882 bis zu seinem Tod 1908 die Wissenschaftspolitik des Kaiserreichs wie kein anderer. Obwohl nie selber Staatssekretär oder Kultusminister, vollzog sich unter seiner Leitung der Ausbau des Hochschulwesens »zum zentral gelenkten und mit den Mittel der Durchstaatlichung und Bürokratisierung vorangetriebenen Großbetrieb [der Wissenschaft]«. ²¹ Unter dem Leitgedanken der Freiheit von Forschung und Lehre sollten die Besten ihres Faches berufen werden, unabhängig von Konfession, Herkunft oder Parteizugehörigkeit.²² Althoffs Entscheidungen gereichten im Regelfall den Professoren und Fakultäten zum Vorteil, da der Wissenschaftsorganisator ein engmaschiges personelles Beziehungsgeflecht zu den preußischen und deutschen Ministerien unterhielt und die einzelnen Berufungsentscheidungen unter Berücksichtigung der gesamten deutschen Hochschullandschaft traf.

Lediglich auf die Vokation des Kieler Soziologen und Nationalökonom Ferdinand Tönnies, der von 1881 bis 1909 an der CAU als Privatdozent lehrte, hat Althoff kaum Einfluss nehmen können. War der enge Vertraute Theodor Storms als Befürworter der Arbeiterbewegung ohnehin nur schwer an eine preußische Hochschule zu vermitteln, zeigte sich dieser zudem nur in begrenztem Umfang dazu bereit, den Einsatz des preußischen Ministerialdirektors zu honorieren bzw. die Bemühungen zu unterstützen.²³ Am Ende seiner Amtszeit pflegte Althoff daher die Worte des letzten Königs von Hannover mit einem Zusatz zu zitieren: »Professoren und Huren kann ich mir an jeder Straßenecke kaufen, außer Herrn Toennies in Kiel.«²⁴ Tatsächlich gelang Tönnies auch ohne die Hilfe Althoffs der Karriereaufstieg zum außerordentlichen (1909/10), Honorar- (1910 bis 1913) und schließlich ordentlichen Professor (1913 bis 1916) für wirtschaftliche Staatswissenschaften an der CAU.

Der weitgehend standardisierte Ablauf des Berufungsverfahrens wurde in den folgenden Jahrzehnten kaum verändert. Mit dem Regierungswechsel im Frühjahr 1933 sollte sich dies freilich ändern: Bereits kurz nach der Macht-

übernahme der Nationalsozialisten begannen die NS-Funktionäre damit, die Verwaltungsstrukturen der staatlichen Wissenschaftspolitik neu zu justieren. Mit der Errichtung des Reichserziehungsministeriums am 1. Mai 1934, das in Personalunion unter der Leitung des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Bernhard Rust stand, wurde eine weitgehende »Verreichlichung« angestrebt.²⁵ Durch das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 waren die Länderkultusministerien dem REM fortan im Status von Reichsmittelbehörden unterstellt.²⁶ Rusts Ministerium war damit faktisch für die Wissenschaft und Erziehung im gesamten Reich zuständig. Im Bereich der Personalpolitik versuchte das REM nun, auf Basis der Kompetenzerweiterung des preußischen Kultusministeriums, die eigenen Machtbefugnisse zu erweitern. Bereits im Juli 1934 wurden die Länderministerien darauf hingewiesen, dass die Berufung von Professoren nun zentral von Berlin aus gesteuert werde und für die Einleitung von Berufungsverhandlungen eine Zustimmung des REM erforderlich sei.

Die Selektionsmaßnahmen sollten allerdings nicht erst mit der Vokation der Hochschullehrer einsetzen: Durch die im Dezember 1934 erlassene Reichshabilitationsordnung sicherte sich das REM die Kontrolle über die Verleihung und Entziehung der Lehrbefugnis. Danach waren alle Kandidaten von der Zulassung zur Habilitation ausgeschlossen, die als politisch unzuverlässig galten oder die rassistischen Kriterien des NS-Staates nicht erfüllten.²⁷ Mit der Trennung von Lehrbefugnis und Titel (Dr. habil.) wurde darüber hinaus ein Mechanismus zur Kontrolle des wissenschaftlichen Nachwuchses eingeführt. Der obligatorische Besuch von Dozenten- und Gemeinschaftslagern stellte eine weitere Hürde für junge Dozenten dar. Nur wer alle Bestimmungen erfüllte und durch die mehrfache Begutachtung für geeignet befunden wurde, erhielt die notwendige Lehrbefugnis, die ausschließlich vom REM erteilt werden konnte.

Die unklare Abgrenzung einzelner Zuständigkeitsbereiche sowie Kompetenzstreitigkeiten auf der mittleren und oberen Führungsebene führten zwischen 1933 und 1945 dazu, dass verschiedene Parteigliederungen und Ministerien Einfluss auf das Berufungsverfahren nahmen. Während die im Juli 1934 gegründete Hochschulkommission bei der Reichsleitung der NSDAP faktisch auf den Wirkungsbereich der Medizinischen Fakultäten beschränkt blieb, konzentrierte sich das im gleichen Jahr eingerichtete Amt Wissenschaft in der

Dienststelle des Parteiideologen Alfred Rosenberg schwerpunktmäßig auf die geisteswissenschaftlichen Fachbereiche.²⁸ Eine weitere wichtige Einflussgröße in der nationalsozialistischen Hochschulpolitik war der im Juli 1935 gegründete Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund (NSDDB). Obwohl der Dozentenbund sowohl in der Parteihierarchie als auch an den einzelnen Hochschulstandorten nur über ein geringes Prestige verfügte, erlangten die örtlichen Dozentenbundführer durch ihre Berufungsvorschläge und politischen Gutachten ein nicht zu unterschätzendes Mitspracherecht bei personalpolitischen Entscheidungen.²⁹ Neben diesen Trägern der NS-Wissenschaftspolitik mussten bei Berufungsverfahren zeitweise noch andere Institutionen herangezogen werden, deren Einfluss auf das Hochschulwesen jedoch als deutlich weniger wirkmächtig einzuschätzen ist. In den ersten Herrschaftsjahren des NS-Regimes spielten der NS-Lehrerbund sowie die Dozentenschaften eine gewisse Rolle, verloren aber spätestens ab 1935 jegliche Einflussmöglichkeit. Daneben etablierte vor allem die Schutzstaffel der NSDAP (SS) mehrere voneinander unabhängige Einrichtungen, darunter den Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS (SD), die Forschungsgemeinschaft Ahnenerbe und das Rasse- und Siedlungshauptamt. Von einer zielstrebigem Wissenschaftspolitik der SS kann jedoch nicht gesprochen werden. Im Rahmen der Wiederaufrüstung des Deutschen Reichs und der Wehrrertüchtigung kam weiterhin der Forschungsabteilung im Heereswaffenamt unter der Leitung von Erich Schumann ein gewisser Entscheidungsspielraum zu. Innerhalb der Berufungsverfahren in den Theologischen Fakultäten musste außerdem dem Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten Hanns Kerrl eine Konsultation und Mitwirkungsbefugnis zugestanden werden, da Berufungen von Theologen kirchenpolitisch relevant waren.

Die vielfältige Einflussnahme dieser unterschiedlichen Staats- und Parteistellen führte allerdings nicht dazu, dass die Berufungsverfahren fortan so autoritär verliefen, wie oft angenommen wird. Die Berufungs- und Beförderungspraxis der Nationalsozialisten glich eher dem »Einbau eines rassistischen Filters, hinter dem die klassischen meritokratischen Kriterien weiter zur Anwendung kamen«³⁰ und die Fakultäten das ihnen zugestandene Recht zur Aufstellung von Dreierlisten bewahren konnten. Die Mehrheit der etablierten Hochschullehrer beharrte außerdem erfolgreich auf der vorrangigen Berücksichtigung der wissenschaftlichen Leistungen statt der politischen Aktivitäten. Tatsächlich entwickelte sich so ein komplexer Verhandlungsprozess mit sich

stetig verändernden und immer detaillierteren Regelungen, die den schnellen Verfahrensablauf zunehmend ausbremsten. Das REM musste schließlich eingestehen, dass etwa 10 % aller Lehrstühle an deutschen Universitäten dauerhaft vakant blieben.³¹

An der CAU gelang es verstärkt dem jungen Straf- und Völkerrechtler Georg Dahm während seines zweijährigen Rektorats (1935 bis 1937), die Kompetenz-



Zeitgenössische Zeichnung
des Strafrechtlers Georg Dahm
(* 1904; † 1963)

überschneidungen der NS-Organisationen und Berliner Ministerialbürokratie für den hauseigenen Nepotismus fruchtbar zu machen. Mithilfe seiner gut vernetzten Entourage, bestehend aus Nachwuchswissenschaftlern der verschiedensten Disziplinen und Couleur, verhalf er Kollegen zu Beförderungen oder zu karrierefördernden Parteiämtern.³² So nutzte Dahm einen Antrag der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät zur Ernennung des außerordentlichen Professors für Soziologie Gerhard Mackenroth zum Ordinarius dazu, seinen alten Weggefährten, den Arbeitsrechtler Werner Siebert, ebenfalls für eine ordentliche Professur ins Gespräch zu bringen.³³ Bereits von den parteiamtlichen Stellen

an der CAU verfasste Gutachten zu Mackenroth ließ der »Führerrektor« mit dem Vermerk zurückgehen, doch bitte in diesen zugleich die wissenschaftliche Bedeutung Sieberts hervorzuheben und auf dessen baldige Ordinierung zu insistieren – die Beförderung des Soziologen sei hingegen als zweitrangig zu betrachten. Zeitnah gingen nun die erweiterten Beurteilungen im Universitätssekretariat ein, in denen sich die Vertrauten Dahms, Ernst Holzlöhner (Führer der Dozentenschaft), Paul Ritterbusch (Dozentenbundführer) und Hanns Löhr (Gaudozentenbundführer), ganz auf dessen Linie stellten. Die gute Verbindung des Kieler Rektors zum Amt Wissenschaft im REM tat ihr Übriges; noch vor Beginn des Wintersemesters 1936/37 erfolgte die Ernennung Sieberts zum Ordinarius. Mackenroth schaffte diesen Karrieresprung erst 1940, nachdem sich sein Name auf mehreren auswärtigen Dreierlisten befunden hatte und die Gefahr eines ihn ereilenden Rufes immer größer wurde.

Als sich einige Mitglieder der ehemaligen »Kieler Clique« um Dahm wenige Jahre später an der »Reichsuniversität« Straßburg wiederfanden, wirkte sich dies nachteilig auf die norddeutsche »Durchgangsuniversität« aus: Ausgestattet mit weitreichenden Kompetenzen zur Zusammenstellung eines ihnen genehmen Kollegenkreises und wohl wissend, dass die CAU aufgrund der randständigen Lage und der geringen Studierendenzahlen nicht die erhoffte universitäre Endstation vieler Wissenschaftler darstellte, bemühten sich Dahm und sein Kollege Ernst Rudolf Huber um die rasche Berufung der noch in Kiel verbliebenen Bekannten. Durch Erlass des REM war es den Universitäten seit Mai 1941 sogar verboten, mit den sog. »Straßburg-Kandidaten« Bleibeverhandlungen zu führen,³⁴ was einem personellen Ausverkauf der Hochschulen im Altreich gleichkam. An der CAU protestierte vor allem der damalige Rektor Paul Ritterbusch gegen diese Form der »Ausräuberung« mit der Begründung, die vonseiten Straßburgs in Aussicht genommenen Professoren seien erst durch ihre Tätigkeit in Kiel »auf den Schild gehoben worden«.³⁵ Letztlich blieb die Sorge des Juristen unbegründet. Lediglich die Ordinarien Gerhard Fricke, Arthur Philipp Nikisch, Friedrich Schaffstein sowie der zuvor übergangene Gerhard Mackenroth nahmen 1941 den Ruf ins elsässische Land an. Frank-Rutger Hausmann weist in diesem Zusammenhang zu Recht darauf hin, dass zwischen den etablierten Universitäten und den NS-Neugründungen wie Prag, Posen und Straßburg eine erbitterte Rivalität hinsichtlich der Personalentscheidungen bestanden habe.³⁶ Für Kiel als zeitweilige »Einstiegs-« bzw. als typische »Durchgangsuniversität« waren solche Probleme allerdings nichts Ungewöhnliches. Als eine der kleineren preußischen Universitäten hatte sie bereits seit 1864/65 als »Durchlauferhitzer« für viele steile akademische Karrieren fungiert.

Die CAU auf dem Weg zur modernen Forschungsuniversität

Neben der Professionalisierung der universitären Laufbahn setzte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts an der nach Königsberg nördlichst gelegenen preußischen Universität ein beispielloser Ausbau ein. Neben Marburg und Göttingen gehörte Kiel im Kaiserreich unter allen Universitäten Preußens zu denjenigen, die die höchsten Staatszuschüsse pro Kopf der Stadtbevölkerung und

der Studenten erhielten.³⁷ Bernhard vom Brocke führt dies auf Bemühungen Preußens zurück, die schleswig-holsteinische Provinz nach der Annexion mit der neuen Staatsregierung zu versöhnen. Der CAU gelang so in kurzer Zeit der Anschluss an die restlichen Hochschulen des wilhelminischen Kaiserreichs. In den folgenden Jahren fungierte sie gemeinsam mit der Ludwigs-Universität Gießen als Eintrittstor in die erste ordentliche Professur innerhalb Preußens.³⁸ Den krönenden Höhepunkt einer akademischen Laufbahn stellte Kiel zu diesem Zeitpunkt somit nicht dar, dies blieb den Universitäten in Leipzig, München, Wien und Berlin vorbehalten. Vor allem die Reichshauptstadt war das Karriereziel vieler Wissenschaftler; hier ließ sich ein dichtes Beziehungs- und Kommunikationsnetz zum kaiserlichen Hof, zum Reichskanzler, zur Ministerialbürokratie und zu nationalen oder gesellschaftlichen Vereinen aufbauen.³⁹

Mit der staatlichen Förderung der Christiana Albertina verbesserten sich auch deren Universitätsinstitute erheblich. Das 1817 gegründete Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten befürchtete, dass die kleineren Hochschulen ohne besondere finanzielle Unterstützung und die zeitgleiche Modernisierung der Institute wissenschaftlich zu weit hinter die größeren Universitäten Preußens zurückfallen würden.⁴⁰ Als größter deutscher Bundesstaat mit 65 % der Staatsfläche des Deutschen Reiches und 62 % der Gesamtbevölkerung, zehn der 21 Universitäten und fünf von elf Technischen Hochschulen oblag dem preußischen Kultusministerium ohnehin eine Vorreiterrolle und überragende Stellung bei den universitären Neugründungen und wissenschaftspolitischen Entscheidungen.⁴¹ Dies machte sich vor allem an kleineren Universitäten wie der CAU bemerkbar: Im Bereich der Geisteswissenschaften wurden in Kiel innerhalb von weniger als 30 Jahren u. a. das Historische Seminar (1872), das Germanistische Seminar (1875), ein Seminar für romanische und englische Philologie (1885) und 1899 schließlich ein Staatswissenschaftliches Seminar geschaffen.⁴² Auch in den naturwissenschaftlichen Fächern ist die ab Ende der 1860er Jahre einsetzende Ausdifferenzierung bzw. Spezialisierung der Disziplinen deutlich erkennbar; in wenigen Jahren entstanden eigene Lehrstühle für Zoologie (1868), Botanik (1873), Geographie (1879), Theoretische Physik (1894) sowie eine zweite Professur für Mathematik (1877). Die neu gegründeten Seminare benötigten in der Regel eigene Räumlichkeiten, Haushaltsmittel und Mitarbeiter – dies konnte oftmals nur in hartnäckigen Auseinandersetzungen mit dem preußischen Finanzministerium durchgesetzt

werden. Innerhalb der deutschen Hochschullandschaft wirkten diese Neuerrichtungen von Seminaren und Lehrstühlen als wichtige Stimulanz im Kampf um »große Gelehrte« und Studierendenzahlen. Moderne Institute mit angenehmen Arbeitsbedingungen, ausreichend Personal und finanziellem Rückhalt, eingebunden in eine reizvolle Landschaft, zogen nicht nur Studenten und Nachwuchswissenschaftler an; auch bereits etablierte Professoren entschieden sich zuweilen für die akademische Peripherie des Deutschen Reiches, wenn die hier gebotenen Ressourcenensembles verlockend waren.

Unter den zahlreichen Instituten der CAU grenzte sich verstärkt das Königliche Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel, das spätere Institut für Weltwirtschaft (IfW), ab, da es in seinem Aufbau und seiner Ausrichtung einmalig war. Zugleich wurde mit der Errichtung des IfW im Februar 1914 dem seit der Jahrhundertwende



Der erste Direktor des Kieler IfW:
Bernhard Harms (* 1876; † 1939)

energisch betriebenen Ausbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, wie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Rechnung getragen.⁴³ Mit Bernhard Harms als erstem Direktor, der zugleich Initiator und Gründer des Instituts war, konnte zudem langfristig ein Wissenschaftler an die Kieler Universität gebunden werden, der es wie kaum ein anderer verstand, als Wissenschaftsorganisator zwischen der privaten Wirtschaft, den militärischen Entscheidungsträgern, dem kaiserlichen Hof und führenden Politikern zu vermitteln, Seilschaften zu knüpfen und Ressourcen zu akquirieren.

Wissenschaftliche Politikberatung

Die Gründung des Instituts im ersten Kriegsjahr 1914 erwies sich als absoluter Glücksfall: Für den hier untersuchten Zeitraum bedeutete der Erste Weltkrieg eine entscheidende Weichenstellung bezüglich der Beratung von Herrschenden durch Wissenschaftler, die im Zuge der ökonomischen, militärischen und politischen Krise feste Formen entwickelte: Der Bedarf an Wissens- und In-

Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches vom 16. Oktober 1914, Übersicht der unterzeichnenden Kieler Professoren und Dozenten

formationsströmen innerhalb gesellschaftlicher, wirtschaftlicher sowie militärischer Entscheidungsprozesse machte die kontinuierliche Einbeziehung externen wissenschaftlichen Sachverständigen unabdingbar. Die Politikberatung löste sich aus dem spontanen und persönlichen Beratungsverhältnis, d. h. eine sukzessive Institutionalisierung, Entmenschlichung und Versachlichung von Beratungsverhältnissen setzte ein.⁴⁴

Harms' zahlreiche Kontakte zu Kieler Privatwirtschaft, zu überregionalen Vertretern der Marine und zum kaiserlichen Hof ermöglichten es ihm, das neu errichtete IfW mit Kriegsbeginn an prominenter Stelle in den Dienst der Wirtschaftskriegsführung zu stellen. Die strikte Trennung von Wissenschaft und Politik, die Harms als Grundpfeiler seines Instituts verstand, schien inmitten der allgemeinen Kriegsbegeisterung des Jahres 1914 vergessen worden zu sein. Seine fehlende Unterschrift auf der am 16. Oktober 1914 veröffentlichten *Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches* erklärt sich lediglich daraus, dass er zu diesem Zeitpunkt verreist war. Wie groß die Resonanz dieser Erklärung, die dem Beispiel des *Manifests der 93* folgte und den Ersten Weltkrieg als Verteidigungskampf deutscher Kultur rechtfertigen sollte,⁴⁵ in der Kieler

Professorenschaft war, lässt sich an den prominenten Unterzeichnern ablesen: Neben Ferdinand Tönnies finden sich u. a. die Unterschriften des Plankton-Forschers Victor Hensen, des klassischen Philologen Felix Jacoby, des Gynäkologen Walter Stoeckel, des Mathematikers Otto Toeplitz und des praktischen Theologen und Mitbegründers der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) Otto Baumgarten. Insgesamt signierten 89 Professoren und Dozenten der CAU die Erklärung,⁴⁶ reichsweit waren es über 3000 Hochschullehrer an 53 deutschen Universitäten und Hochschulen.

Konsequenterweise baute Harms, der selbst bis Anfang 1918 noch als eifriger Kriegspropagandist durch das In- und Ausland reiste, das IfW in der Folgezeit zu einer wichtigen Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Militär aus. Insbesondere die ab 1915 einsetzende Umgestaltung des Instituts zu einer Nachrichtenagentur, die Industrie, Wirtschaftspolitiker, Behörden und militärische Stellen mit Informationen über die Auslandsmärkte neutraler und feindlicher Staaten versorgen sollte, erfuhr großen Zuspruch.⁴⁷

Harms' weit gespanntes Netzwerk, das ausländische Geschäftsleute und gesellschaftliche Eliten einschloss, ermöglichte die Aufbereitung wichtiger Auslandsinformationen; deutsche Militärs und Politiker zögerten nicht, diese Informationen als wertvolle Ressource der Kriegsführung zu nutzen. Im Gegenzug erhielt das IfW auch noch in den Krisenjahren steigende Zuwendungen aus öffentlichen und privaten Finanzmitteln, sodass sich das Institut räumlich und personell noch bis ins letzte Kriegsjahr stetig vergrößern konnte. Arbeiteten zum Zeitpunkt der Gründung gerade einmal 30 Mitarbeiter hier, waren es bei Kriegsende schon über 100 Angestellte; der Finanzhaushalt erhöhte sich von 44 000 Reichsmark im Jahr 1915 auf rund 519 000 Reichsmark 1918/19.⁴⁸

Auch den Technokraten innerhalb der NS-Eliten war das Potential wissenschaftlicher Forschung bewusst. Die forcierte Nutzbarmachung natur- und wirtschaftswissenschaftlicher sowie technischer Ressourcen wurde vor allem während der beschleunigten Wiederaufrüstung seit 1936 und nach dem Scheitern des »Blitzkriegs« 1942 betrieben.⁴⁹ Der Nationalökonom Andreas Predöhl, Leiter des IfW seit Juli 1934, richtete sein Institut ab 1939 auf den Begriff des »Großraums« aus.⁵⁰ Verschiedene Privatfirmen, reichseigene Unternehmen sowie Staats- und Parteistellen (u. a. Alfred Rosenbergs Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete) forderten die vom IfW angefertigten Expertisen und Gutachten zu aktuellen nationalsozialistischen Expansionsplänen an. Haupt-

adressat war jedoch das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW):

»Das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel ist ständig in großem Umfang mit wissenschaftlichen Forschungsarbeiten für das OKW, Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt beschäftigt. Allein in der Zeit vom 1.4.1940 bis 1.1.1941 wurden vom Institut 98 umfangreiche wissenschaftliche Untersuchungen neben vielen kurzen Aufgaben bearbeitet. Diese Arbeiten sind für die wirtschaftliche Kriegsführung von grundlegender Bedeutung und werden laufend in gleichem Umfange benötigt.«⁵¹

Die Unabkömmlichstellung wissenschaftlicher Mitarbeiter und die finanzielle Unterstützung der Forschungsprojekte stellten nur zwei der vielfältigen Ressourcenensembles dar, die sich in den Kriegsjahren für Predöhl ergaben. Bedeutender für den seit 1942 amtierenden Kieler Rektor dürften die zahlreichen Kontakte

gewesen sein, auf die er zurückgreifen konnte, als man vonseiten des REM eine kriegsbedingte Schließung der CAU ins Auge fasste.⁵²



Jurist, Rektor, Dozentenbundführer und Wissenschaftsfunktionär: Paul Ritterbusch (* 1900; † 1945)

Im Rahmen der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung arbeiteten Predöhl und das IfW darüber hinaus mit Paul Ritterbusch, einem weiteren ehemaligen Kieler Rektor, zusammen,⁵³ der im Auftrag des REM das ehrgeizige Projekt eines umfassenden *Kriegseinsatzes der Geisteswissenschaften* organisierte.

An diesem Gemeinschaftsprojekt, das in Kiel eronnen worden war und von dort seinen Ausgang nahm, beteiligten sich über 500 deutsche Wissenschaftler, darunter viele, die

»nicht nur damals bereits Rang und Namen hatten, sondern nach Kriegsende gleichermaßen zur geistigen Elite der jungen Bundesrepublik Deutschland« gehörten und deren »demokratisches« Wissenschaftssystem mit aufbauen halfen.⁵⁴ Die Übersicht der beteiligten Fachvertreter der 13 realisierten geisteswissenschaftlichen Projekte⁵⁵ liest sich vielfach wie ein »Who is Who« deutscher

Professoren – darunter befanden sich auch enge Vertraute und Weggefährten Ritterbuschs aus dessen Kieler Zeit; u. a. Fritz Rörig und Alexander Scharff (Historiker), Ferdinand Weinhandl (Philosoph), Hellmut Bock (Anglist), Karl Larenz (Rechtsphilosoph), Ernst Rudolf Huber (Staatswissenschaftler), Oskar Schmieder (Geograph) sowie der bereits genannte Predöhl. Es verwundert daher kaum, dass die ersten Arbeitstreffen an der Förde stattfanden und hier im April 1940 auch das für alle Geisteswissenschaften verbindliche Rahmenthema festgelegt wurde:

»Die Aufgabe dieses Einsatzes besteht darin, die Idee einer neuen europäischen Ordnung, um die es in diesem Kampfe im letzten Grunde geht, in einer wissenschaftlich unanfechtbaren Weise herauszuarbeiten und als die Wahrheit und Wirklichkeit des Lebens der europäischen Völker zu erweisen. [...] Es reicht über die Zeit des Krieges weit hinaus, indem es hier nicht nur um die Vorbereitung des Sieges, sondern vor allem auch um die Sicherung und um die Entfaltung der Idee einer neuen europäischen Ordnung im Frieden geht.«⁵⁶

Das wissenschaftliche Großprojekt, dessen ehrgeiziges Ziel es war, einen unentbehrlichen geisteswissenschaftlichen Beitrag zum deutschen Sieg und der Neuordnung Europas zu leisten, verdankte sich wohl vor allem der Konkurrenz mit der Medizin sowie den Natur- und Technikwissenschaften im Kampf um wichtige Ressourcen.⁵⁷ Weitsichtige Spartenleiter variierten aus diesem Grund ihre Projekte immer wieder und akquirierten so bis Kriegsende die wichtigen Förderungsmittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Und vor allem für jüngere Wissenschaftler war die aktive Mitarbeit an der »Aktion Ritterbusch« in jedem Falle karrierefördernd. An einem schnellen Abschluss des »Gemeinschaftswerks« war verständlicherweise niemand interessiert; erst der Zusammenbruch des Deutschen Reiches bedeutete in zweifacher Hinsicht das Ende: Nur zwei Wochen vor der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht nahm sich der versierte Wissenschaftsorganisator Ritterbusch das Leben; die Alliierten beendeten naturgemäß jegliche Weiterarbeit an dem *Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften* endgültig.

Wissenschaftliche Politikberatung beschränkte sich freilich nicht auf die Erstellung von Gutachten oder die Legitimation des deutschen Großmacht-

strebens. Wer seinen potentiellen Nutzen für die nationalsozialistische Kriegsführung erst einmal klarstellen konnte, dem standen Ressourcen zur Verfügung, die »in vielen Fällen weit über die Möglichkeiten der Weimarer Zeit hinausgingen«. ⁵⁸ Der Nobelpreisträger Otto Diels betonte im Februar 1943 nicht ohne Grund gegenüber den akademischen Behörden und der Berliner Ministerialbürokratie, dass »im Chemischen Institut während des Kriegs die für Kiel wichtigste Kampfstoffuntersuchungsstelle« eingerichtet worden sei; der Zoologe und Meereskundler Adolf Remane konnte sogar auf die langjährige Zusammenarbeit des Instituts für Meereskunde mit dem Oberkommando der Kriegsmarine verweisen, dem mit dem Chemiker Hermann Wattenberg ein Kieler Professor als Kriegsregierungsrat angehörte. ⁵⁹ Dem Mineralogen Johannes Leonhardt gelang es sogar, drei kriegswichtige Forschungsprojekte an Land zu ziehen, die zusammen mit der Kriegsmarine (Sprengstoffherstellung), der lokalen Firma Electroacoustic (Verbesserung von Empfangsgeräten für U-Boote) und dem Reichsforschungsrat (Rohstoffuntersuchungen) durchge-



Der Mediziner Holzlöhner (links) und sein Assistent Sigmund Rascher (rechts) am Eiswasserbecken mit einem Versuchsoffer im KZ Dachau

führt wurden.⁶⁰ Die im Auftrag der Luftwaffe ab 1942 im Konzentrationslager Dachau von dem Kieler Physiologen Ernst Holzlöhner durchgeführten Unterkühlungsversuche bildeten den traurigen Höhepunkt einer von Wissenschaft und Politik beidseitig akzeptierten Ressourcenmobilisierung.⁶¹

An den geschilderten Entwicklungen wird deutlich, dass sich Politikberatung besonders dort schnell und erfolgreich ansiedelt, wo innerhalb der vorhandenen Strukturen kein geeignetes Wissen zur Verfügung steht und der Handlungsdruck besonders hoch ist.⁶² Die beiden Weltkriege stellten diesbezüglich einzigartige Extremsituationen dar und verschafften den wissenschaftlichen Politikberatern ungeahnte Möglichkeiten. Dies bedeutet freilich keineswegs, dass nicht auch in Friedenszeiten Wissenschaftler am politischen Geschehen partizipieren konnten und ihr »exogenes« Wissen bereitstellten: So gehörte der renommierte Völkerrechtler Walther Schücking zu den sechs Hauptdelegierten, die unter der Führung des Außenministers Brockdorff-Rantzau im Mai 1919 nach Versailles geschickt wurden. Die Hoffnung auf Verhandlungsspielräume erfüllte sich jedoch nicht. Obwohl Schücking die Ablehnung der Bedingungen empfahl und als Abgeordneter gegen sie stimmte, stand er aufgrund seiner politischen Beratungstätigkeit jahrelang auf den Proskriptionslisten der Fememörder.⁶³ Seine Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter für die DDP zwischen 1919 und 1928, sein vielfältiges Engagement in republikanischen Kreisen sowie die durch ihn in Kiel initiierte erste pazifistische Regelveranstaltung an einer deutschen Universität brachten ihn Ende der 1920er Jahre zunehmend in Opposition zur örtlichen Hochschulgruppe des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB).⁶⁴

Ebenso tatkräftig beteiligte sich der Rechtsphilosoph Gustav Radbruch am Aufbau der Weimarer Republik. In den Jahren von 1920 bis 1924 war er Reichstagsabgeordneter für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und gehörte als Reichsjustizminister von Oktober 1921 bis November 1922 dem Kabinett Joseph Wirths und von August bis November 1923 den beiden Kabinetten unter Gustav Stresemann an.⁶⁵ Auf eine dritte Amtszeit als Reichsminister der Justiz verzichtete Radbruch zugunsten seiner wissenschaftlichen Forschungen.

Ein krasses Beispiel für die Politisierung von Wissenschaft in Friedenszeiten ist die Entwicklung des landeshistorischen Lehrstuhls an der Kieler Universität, der 1924 von der preußischen Regierung mit Blick auf eine Revision der durch

die Volksabstimmung von 1920 zwischen Dänemark und Deutschland gezo- genen Grenze eingerichtet und mit dem wortgewaltigen »Grenzkampfredner« Otto Scheel besetzt wurde. Die politische Ausrichtung seines Ordinariats be- tonte Scheel auch noch in den 1930er Jahren und stilisierte sich so zu einem Vorkämpfer der »Grenzlanduniversität« Kiel, wodurch er seine ohnehin schon steile akademische Karriere mit der Leitung des hiesigen Instituts für Volks- und Landesforschung und des Deutschen Wissenschaftlichen Instituts (DWI) in Kopenhagen krönen konnte.⁶⁶ Unter den geänderten Rahmenbedingungen der Kriegsniederlage 1945 und der Besetzung Schleswig-Holsteins durch britische Militärstreitkräfte verzichtete der mittlerweile 69-jährige Scheel auf eine Fortsetzung seiner universitären Laufbahn. Als vermeintlich geeignetsten Kan- didaten für seine Nachfolge lancierte der Emeritus nun den Kieler Neuzeithisto- riker Alexander Scharff. Dank der Unterstützung des Kultusministeriums und zahlreicher Fachkollegen wurde dieser schließlich 1952 trotz der Bedenken der Philosophischen Fakultät auf den zu einem Extraordinariat heruntergestuften Lehrstuhl für Schleswig-Holsteinische und Nordische Geschichte berufen. Wie sein Vorgänger verstand auch Scharff die »Landesgeschichte als politische Wis- senschaft«⁶⁷ und stellte seine »Kampfprofessur« nun uneingeschränkt in den Dienst der noch jungen Bundesrepublik Deutschland: Die neuen Leitideen des Lehrstuhls lauteten fortan deutsch-dänische Völkerverständigung und Demo- krasierung anstatt Ideologisierung und Grenzkampf.

Die aufgezeigten Beispiele belegen eindringlich, dass Politik und Wissen- schaft einander brauchen, benützen, stabilisieren und legitimieren.⁶⁸ Selten sind diese Wechselverhältnisse zwischen Politik und Wissenschaft jedoch so deutlich greifbar wie in den Jahren des NS-Regimes. Konträr zu dieser Er- kenntnis steht allerdings das vielfach von Zeitgenossen beschworene Diktum des mehrheitlich »unpolitischen« Professors.

Zwischen Parteizugehörigkeit und Wissenschaft

Der ehemalige Kieler Privatdozent für Staats- und Kirchenrecht und spätere Göttinger Rektor Rudolf Smend vertrat 1930 die Auffassung, dass Parteien und Parteipolitik im Widerspruch zu dem »Wesen der Hochschule« stünden und nur eine Auflösung des parlamentarischen Systems eine Besserung für

die deutsche Hochschullandschaft bringen könne.⁶⁹ Die überwiegende Mehrheit seiner Kollegen teilte diesen Grundsatz des Dualismus von Wissenschaft und Politik. Gleichwohl waren zwischen 1919 und 1933 etwa 20 bis 30 % aller Hochschullehrer Angehörige einer politischen Partei und mehr als 30 Professoren Mitglieder des Reichstages.⁷⁰ Das Gros der akademischen Lehrkörper vertrat demnach die Ansicht, dass Wissenschaft nur dann glaubwürdig oder erfolgreich sein könne, wenn sie unabhängig von der Politik, vor allem von der Parteipolitik, sei. Dennoch blieben nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 Proteste oder kollektive Versuche einer entschlossenen Gegenwehr gegen die Eingriffe des Staates und der NSDAP aus: Weder die zahlreichen Entlassungen jüdischer und politisch missliebiger Kollegen noch die Liquidierung der universitären Selbstverwaltung zugunsten des »Führerprinzips« vermochten Widerstand aufseiten der »arischen« bzw. vorerst geduldeten »halbjüdischen« Akademiker während der nationalsozialistischen »Säuberungswelle« 1933 / 34 auszulösen. Die vorherrschende Übereinstimmung mit den nationalkonservativen und völkischen Werten der Nationalsozialisten führte vielmehr zu einer übergreifenden Passivität als zu einer wirkungsvollen Resistenz vonseiten akademischer Behörden und ihrer elitären Vertreter. Daran änderte auch die eher partielle Ablehnung des kleinbürgerlich-plebejischen Profils der NSDAP und ihres demagogischen Propagandastils kaum etwas. Mit der Machtübernahme wandten sich dann verstärkt die jüngeren Nachwuchswissenschaftler dem Nationalsozialismus zu, wodurch die NSDAP großen Zulauf erfuhr. An einigen Hochschulen machten die Parteimitglieder im Sommersemester 1933 schon knapp 20 % aus, was sich in den folgenden Jahren noch steigern sollte. Die CAU war von dieser Entwicklung keineswegs ausgenommen, sondern befeuerte diesen Trend mit ihrer »Grenzkampfmentalität« sogar noch und versuchte frühzeitig, sich als sog. »Reichsuniversität« öffentlichkeitswirksam unter den größeren deutschen Universitäten zu positionieren.⁷¹ Dies spiegelt sich auch in den NSDAP-Mitgliedschaften wider: So konnte für immerhin 197 (76,9 %) der insgesamt 256 Professoren, die zwischen 1933 und 1945 an der CAU lehrten, die Zugehörigkeit zur NSDAP nachgewiesen werden.⁷² Der hohe Anteil der Parteigenossen unter den Kieler Professoren bestätigt damit zugleich Michael Grüttners vorsichtige Schätzung, dass am Ende des »Dritten Reichs« ca. zwei Drittel aller deutschen Hochschullehrer der Partei beigetreten waren.⁷³

Wie bereits erwähnt, zeigten vor allem die habilitierten Nachwuchswissenschaftler, die als Privatdozenten oder nichtverbeamtete Professoren in ungesicherten Verhältnissen lebten, eine hohe Bereitschaft auf, sich der NSDAP anzuschließen, um auf der akademischen Karriereleiter emporzusteigen. Die seit 1933 durch Versetzung sowie Zwangsemeritierung und -entpflichtung freigegebenen Lehrstühle eröffneten glänzende Zukunftsperspektiven, von denen sich die Jungakademiker berufliche Aufstiegschancen versprachen.⁷⁴ Während ein Teil der Nichtordinarien dies mit einem hohen Maß an Loyalität gegenüber dem NS-Staat honorierte, nutzten andere die Möglichkeit, sich durch eine Parteimitgliedschaft verstärkt zu profilieren – schon Zeitgenossen sprachen daher von der »Privatdozentenkrankheit«. Im Sommersemester 1935 stellten an der CAU die zwischen 30 und 39 Jahre alten Hochschullehrer die zahlenmäßig größte Gruppe (43,9%) unter den 41 NSDAP-Mitgliedern; zusammen mit denjenigen Akademikern, die noch in den 20ern standen, machten sie mehr als die Hälfte der Parteigenossen (53,7%) aus.⁷⁵ Dadurch wird deutlich, dass die Mehrheit der Parteigenossen nicht identisch mit den antidemokratischen und nationalkonservativen Professoren der Weimarer Republik war. Die etablierten Ordinarien blieben der Staatspartei mehrheitlich fern, da sie sich nicht mehr profilieren mussten und keine großen Karrieresprünge mehr zu erwarten hatten. Ein Blick auf die Altersverteilung verdeutlicht diesen Aspekt: Die Angehörigen der Altersgruppe zwischen 60 und 69 Jahren waren unter den Parteigenossen gar nicht vertreten, der über 70-jährige Anglist Ferdinand Holthausen bildete eine bemerkenswerte Ausnahme (2,4%). Die restlichen 43,9% verteilten sich auf die 40 bis 59 Jahre alten (Nicht-)Ordinarien.

Um einen genauen Überblick über die Verteilung der NSDAP-Mitglieder an der Kieler Universität zu gewinnen und festzustellen, ob es hier regionale Unterschiede zum Gros der deutschen Wissenschaftler gab, ist auch nach der Distribution der Fachgebiete zu fragen. Die folgende Tabelle bietet daher eine nach Fachbereichen geordnete Aufstellung derjenigen Hochschullehrer mit Parteimitgliedschaften, die im Sommersemester 1935 und im Wintersemester 1936/37 an der CAU lehrten.

Man gelangt zu dem Ergebnis, dass unter den Angehörigen des Kieler Lehrkörpers bis zum Sommersemester 1935 fast ein Viertel NSDAP-Mitglieder wurden, wobei die Geisteswissenschaften mit 35,9% und die Mediziner mit 28,9% überdurchschnittlich stark vertreten waren, während die Hochschul-

Fachgebiete	Parteimitglieder SoSe 1935		Lehrkörper d. CAU SoSe 1935		Parteimitglieder WiSe 1936/37		Lehrkörper d. CAU WiSe 1936/37	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geisteswissenschaften	14	35,9	39	100,0	14	35,9	39	100,0
Naturwissenschaften	7	18,4	38	100,0	9	23,7	38	100,0
Rechts- u. Staatswissenschaften	5	22,7	22	100,0	5	22,7	22	100,0
Medizin	13	28,9	45	100,0	16	37,2	43	100,0
Theologie	1	8,3	12	100,0	3	42,9	7	100,0
Andere Fächer	1	10,0	10	100,0	3	50,0	6	100,0
Zusammen	41	24,7	166	100,0	50	32,3	155	100,0

NSDAP-Mitglieder im Vergleich mit dem gesamten Lehrkörper der CAU (im Sommersemester 1935 und Wintersemester 1936/37) nach Fachgebieten⁷⁶

lehrer der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät knapp, die Naturwissenschaftler und Theologen weit unter dem Durchschnitt blieben.⁷⁷ Vergleicht man diese Ergebnisse mit reichsweiten Erkenntnissen, fallen zwei deutliche Unterschiede auf: Zum einen ist die Kieler Medizinische Fakultät unter den Parteigenossen geringer vertreten, als dies an anderen Universitäten der Fall war. Ein zweites Merkmal ist die enorme Überrepräsentation der geisteswissenschaftlichen Fachgebiete, was wohl mit der Legitimationskrise der Geisteswissenschaften zusammenhängen dürfte, deren junge, ehrgeizige Vertreter »ihr Heil in einem forschenden Bekenntnis zur deutschen Nation suchten«.⁷⁸ Um ihre Existenzplausibilität nicht zu verlieren und um den Zugang zu Macht, Geld und Reputation sicherzustellen, müssen sich die geisteswissenschaftlichen Traditionsfächer stets auf den Wechsel der Resonanzbedingungen einstellen. Der Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften ist wohl ebenso auf diese Entwicklung zurückzuführen.

Spätestens zum Wintersemester 1936/37 dominierten aber auch in Kiel unter den parteipolitisch aktiven Hochschullehrern die Mediziner – zumindest in absoluten Zahlen. Der hohe prozentuale Anstieg (42,9%) unter den theologischen Fachvertretern – die Fakultät wurde ab dem Jahreswechsel 1935/36 personell neu strukturiert und die Neuberufungen erst im Laufe des Jahres 1937 abgeschlossen – erklärt sich einerseits durch den Wegfall von Planstellen und andererseits durch die forcierte Vokation junger, dem NS-Regime loyal gegen-

überstehender Nachwuchskräfte. Und auch der deutliche Zuwachs des prozentualen Anteils von Parteimitgliedern im Kieler Lehrkörper innerhalb von drei Semestern (von 24,7 auf 32,3%) ist auf das geschrumpfte Hochschullehrerkorpus (infolge von Emeritierung, Versetzung oder der Annahme auswärtiger Rufe) sowie die verstärkte Bevorzugung von Jungakademikern zurückzuführen; die im April 1933 verhängte NSDAP-Aufnahmesperre erfuhr erst mit der Einführung des »Parteiانwärterstatus« am 20. April 1937 eine Lockerung.

Es bleibt anzumerken, dass die Gründe für einen Parteibeitritt vielfältig waren: Die Anpassung an die Verhältnisse der totalitären Diktatur oder die tatsächliche Übereinstimmung mit der NS-Ideologie sind nur zwei Aspekte unter vielen. Durch ihre beamtenrechtliche Stellung befanden sich die Hochschullehrer seit dem Frühjahr 1933 sogar in einem »direkten Abhängigkeitsverhältnis zum Nationalsozialismus«⁷⁹, was ebenfalls bei der Entscheidung über eine Parteimitgliedschaft von Bedeutung sein konnte. Ab Februar 1939 konnte die Beamtenlaufbahn nur noch von Angehörigen der NSDAP oder einer ihrer Parteigliederungen eingeschlagen werden. Als ein weiterer wesentlicher Erklärungsfaktor für die Selbstmobilisierung der Akademiker ist hier auf das stetige Neuverhandeln von Ressourcenensembles zu verweisen.

Vergleichende Zahlen zum parteipolitischen Engagement der Kieler Hochschullehrer während der demokratischen Aufbauphasen Deutschlands, zu Beginn der Weimarer Republik und in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre, liegen bisher nicht vor. Diesbezügliche Untersuchungen zum Wechselverhältnis zwischen Politik und Wissenschaft stellen gewiss ein dringliches Desiderat dar. Die hier vorgelegten Erkenntnisse erlauben es jedenfalls, das an der CAU lange gepflegte Bild des »unpolitischen« Kieler Professors, der eine »eigentümliche Resistenz« gegenüber dem »nationalsozialistischen Un-Geist« aufwies,⁸⁰ ins Reich der Legenden zu verweisen.

Schlussüberlegungen

Gemessen an der Gesamtzahl der in Kiel zwischen dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und den 1950 / 60er Jahren lehrenden Professoren – aber auch der Privatdozenten, denen der Sprung auf einen Lehrstuhl an einer auswärtigen Universität gelang – stellen einige der hier betrachteten Wissen-

schaftler Extrembeispiele dar. Bedenkt man jedoch, dass sie an einer Institution wirkten, die ihre Selbstverwaltungsorgane (Rektor, Prorektor, Dekane) selbst wählte, müssen solche Wahlentscheidungen stets auch als politische Meinungsäußerungen aufgefasst werden.⁸¹ Vor allem das Rektorenamt wurde üblicherweise mit einem exponierten Ordinarius des Lehrkörpers besetzt, der als »primus inter pares« in der Regel für ein Jahr die Universität nach außen vertrat. Als Forscher, Hochschullehrer und Wissenschaftsorganisatoren hatten, unabhängig von ihrer Fachzugehörigkeit, u. a. Bernhard Harms (Rektor im Amtsjahr 1917/18), Otto Diels (1925/26), Otto Scheel (1933), Georg Dahm (1935/37), Paul Ritterbusch (1937/41), Andreas Predöhl (1942/44) und Ernst Holzlöhner (1944/45) das erforderliche soziale und wissenschaftliche Prestige erworben, um von ihren akademischen Kollegen als geeignete Kandidaten in Betracht gezogen und schließlich mit dem Rektorenamt gewürdigt zu werden. Die Amtsträger der Jahre 1933 bis 1945, die als »Führer der Universität« agierten und vom REM ernannt wurden, bilden da keine Ausnahme.⁸² Ihre Ernennung spiegelt vielmehr die sich verquickende Politisierung der Wissenschaft bzw. Verwissenschaftlichung der Politik wider. Vornehmlich im NS-Staat, der keineswegs wissenschaftsfeindlich war, wurden den engagierten Akteuren auf der mittleren Ebene der Machthierarchien, wozu die Universitäten zweifelsfrei zu zählen sind, bemerkenswerte Einflusschancen gewährt.⁸³

Anmerkungen

- 1 Als erste Recherchemöglichkeit bietet sich das online abrufbare Kieler Gelehrtenverzeichnis an, das auch in der vorliegenden Untersuchung als Hilfsmittel gedient hat. Aus Raumgründen wurde daher auf die Wiedergabe einzelner biographischer Hinweise verzichtet. Zu den Lebenswegen, Karrierestationen und politischen Mitgliedschaften der hier behandelten Kieler Professoren siehe unter der URL: <http://gelehrtenverzeichnis.de/> (letzter Zugriff: 20.4.2015). Siehe auch den Beitrag von Oliver Auge in diesem Band.
- 2 Siehe dazu grundlegend Ash, *Wissenschaft und Politik*; Ders., *Ressourcen für einander*; Hachtmann, *Wissenschaftsgeschichte* sowie Szöllösi-Janze, *Politisierung*.
- 3 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, S. 24 f.
- 4 Diesbezüglich siehe Szöllösi-Janze, *Wissenschaftler als Experte* sowie Flachowsky, *Krisenmanagement*.
- 5 Siehe dazu Ash, *Ressourcen für einander*, S. 33.
- 6 Burchardt, *Universitätslehrer*, S. 161 f.
- 7 Siehe dazu den Schriftwechsel der zuständigen Staats- und Parteistellen in LASH, Abt. 47, Nr. 6639.
- 8 Zum gesamten Vorgang siehe Göllnitz, *Karrieren*, S. 46-50.
- 9 Diesbezüglich siehe LASH, Abt. 811, Nr. 16473 sowie Göllnitz, *Landesgeschichte*, S. 247 ff.

- 10 Grüttner, Wissenschaftler, S. 154.
- 11 Schmeiser, Akademischer Hasard, S. 42.
- 12 Siehe dazu ebd. sowie Daude, Rechtsverhältnisse, S. 31, 50, 69, 96.
- 13 Grüttner, Generationskonflikt, S. 344 f.
- 14 Zitiert nach Schirmmacher (Hrsg.), Erinnerungen eines Naturforschers, S. 185.
- 15 Vgl. die zahlreichen Aktenvermerke in LASH, Abt. 47, Nr. 6440.
- 16 Diesbezüglich siehe die Korrespondenz zwischen den akademischen Behörden in LASH, Abt. 47, 6551.
- 17 Paletscheck, Weltgeltung, S. 31.
- 18 Berücksichtigt wurden hier nur (nichtbeamtete) außerordentliche, ordentliche und Honorarprofessoren.
- 19 Beispiele finden sich in Brocke, Wissenschaftspolitik, S. 91-93.
- 20 Burchardt, Universitätslehrer, S. 161 f.
- 21 Brocke, Hochschulpolitik, S. 35.
- 22 Vgl. dazu auch Baumgarten, Professoren, S. 267-275 sowie ausführlich Brocke, Wissenschaftspolitik.
- 23 Zum Kontakt zwischen den beiden siehe u. a. SHLB, Cb 54.51, Entwurf eines Briefes von Ferdinand Tönnies an Friedrich Althoff vom 12.12.1901.
- 24 Zitat nach Brocke, Hochschulpolitik, S. 48. Vgl. auch Lichtblau, Eigenart, S. 88 f.
- 25 Nagel, Bildungsreformer, S. 66 ff. sowie Grüttner, Hochschulpolitik, S. 177 f. – »Verreichlichung« meint die vom NS-Regime getroffenen Maßnahmen zur Vereinheitlichung regionaler Besonderheiten in Verwaltung und Justiz auf Reichsebene und die Übernahme von Länderkompetenzen durch das Reich.
- 26 Vgl. Reichsgesetzblatt (RGL.) 1934, Teil I, S. 75.
- 27 Vgl. Reichshabilitationsordnung vom 13.12.1934. Zu den NS-Dozentenakademien und Geländesportlagern siehe insbesondere Losemann, Konzeption, S. 87 ff.
- 28 Siehe dazu Bussche, Medizinische Wissenschaft, S. 65ff. sowie Grüttner, Wissenschaftspolitik, S. 569.
- 29 Vgl. Grüttner, Wissenschaftspolitik, S. 559 sowie Nagel, Schrecken, S. 123 ff.
- 30 Hachtmann, Forschen, S. 217.
- 31 Diesbezüglich siehe Dainat, Berufungspolitik, S. 65 sowie Nagel, Bildungsreformer, S. 262.
- 32 Zu der Clique junger Rechts- und Staatswissenschaftler um Georg Dahm empfiehlt sich Schuhmann, Von Leipzig nach Göttingen, S. 640 ff. sowie Morgenstern, Kiel-Leipzig-Straßburg-Göttingen, S. 317 ff.
- 33 Zum ganzen Vorgang siehe die Gutachten und Schriftwechsel (Mai/Juni 1936) in LASH, Abt. 47, Nr. 1590.
- 34 LASH, Abt. 47, Nr. 2058, Erlass des REM vom 8.5.1941.
- 35 Hausmann, »Deutsche Geisteswissenschaft«, S. 75. Vgl. auch die Korrespondenz in LASH, Abt. 47, Nr. 2051.
- 36 Hausmann, »Deutsche Geisteswissenschaft«, S. 75.
- 37 Brocke, Hochschulpolitik, S. 53.
- 38 Baumgarten, Professoren, S. 163.
- 39 Bruch, Historiker und Nationalökonom, S. 147.
- 40 Burchardt, Universitätslehrer, S. 189f. Vgl. auch Brocke, Kultusministerien.
- 41 Siehe dazu Brocke, Kultusministerien, S. 195 und John, Universitäten und Wissenschaftskulturen, S. 23 ff.
- 42 Dazu und zum Folgenden vgl. die Tabellen in Baumgarten, Professoren, S. 277-286.
- 43 Zur Gründung siehe Hoffmann, Geschichte Bd. 1. Zu den Umbenennungen vgl. HS IfW, Hs Allg. 23.

- 44 Szöllösi-Janze, Politisierung, S. 86 f.
- 45 Diesbezüglich siehe Meyer-Rewerts/Stöckmann, Das »Manifest der 93«.
- 46 Vgl. dazu LASH, Abt. 47, Nr. 1280, Erklärung der Hochschullehrer vom 16.10.1914.
- 47 Siehe dazu Hoffmann, Geschichte Bd. 2, S. 22 ff. Ferner empfiehlt sich zur Politikberatung des IfW LASH, Abt. 47, Nr. 1821; Harms, Das Königliche Institut sowie ders., Kriegstagebuch I-IV.
- 48 Petersen, Expertisen, S. 60.
- 49 Szöllösi-Janze, Politisierung, S. 97 sowie Grüttner, Wissenschaftspolitik, S. 575 ff.
- 50 Vgl. auch die Unterlagen zu Predöhl in LASH, Abt. 47, Nr. 6912 und Nr. 6913 sowie LASH, Abt. 811, Nr. 12397.
- 51 Kriegstagebuch OKW, Gruppe VII, Berichtszeit 1.7.1942–1.10.1942, zitiert nach Petersen, Expertisen, S. 72.
- 52 Siehe dazu den umfangreichen Schriftverkehr im Frühjahr 1943 in LASH, Abt. 47, Nr. 2081.
- 53 Vgl. dazu auch BArch, R4901/14084, Protokolle der Arbeitstagung vom 12./13.4.1940.
- 54 Diesbezüglich nach wie vor grundlegend Hausmann, »Deutsche Geisteswissenschaft«, hier S. 19 f.
- 55 Zu den realisierten Projekten gehörten die Disziplinen Altertumswissenschaften, Anglistik/Amerikanistik, Geographie, Germanistik, Geschichtswissenschaft, Kunstgeschichte, Orientalistik, Philosophie, Romanistik, Staats- und Verfassungsrecht, Völkerrecht und Zivilrecht. Geplant, aber nicht verwirklicht wurden die Projekte der Altamerikanistik, Indogermanistik, Musikwissenschaft, Psychologie, Völkerkunde sowie der Zeitungswissenschaft/Publizistik.
- 56 Dietze, Bericht über die Arbeitstagung, S. 397.
- 57 Dazu empfiehlt sich Hausmann, »Deutsche Geisteswissenschaft«, insb. S. 17-30.
- 58 Szöllösi-Janze, Politisierung, S. 97.
- 59 LASH, Abt. 47, Nr. 2081, Mitteilungen von Diels (10.2.1943) sowie Remane (18.5.1942) an Rektor Predöhl.
- 60 LASH, Abt. 47, Nr. 2081, Brief Leonhardts an den Kieler Rektor Predöhl vom 10.2.1943.
- 61 Dazu Ratschko, Hochschulmediziner, S. 405 ff.
- 62 Szöllösi-Janze, Politisierung, S. 99 sowie Flachowsky, Krisenmanagement, S. 106.
- 63 Morgenstern, Sieben Jahre, S. 186.
- 64 LASH, Abt. 47, Nr. 1092, Brief des Bundesführers des Kieler NSDStB an den Rektor der CAU vom 31.5.1930.
- 65 Diesbezüglich siehe Radbruch, Gesamtausgabe, S. 244-278.
- 66 Dazu Auge/Göllnitz, Grenzkampf, S. 113-116. Zum Kopenhagener DWI unter Scheel und seinem Nachfolger Otto Höfler siehe Hausmann, Die Deutschen Wissenschaftlichen Institute, S. 183-207.
- 67 Vgl. Auge/Göllnitz, Grenzkampf, S. 116.
- 68 Szöllösi-Janze, Politisierung, S. 99 f.
- 69 Smend, Hochschule und Parteien, S. 153 f. Vgl. dazu auch Hering, Der »unpolitische« Professor?, S. 89.
- 70 Diesbezüglich siehe Faust, Professoren für die NSDAP, S. 33 und 45. Vgl. auch Grüttner, Universitäten, S. 67.
- 71 BArch, NS38/2207, Brief des Kieler Studentenschaftsführers an das Deutsche Studentenwerk vom 13.7.1933.
- 72 Die Auswertung der Mitgliedschaften basiert auf den im Kieler Gelehrtenverzeichnis erfassten Daten, die dem Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurden. Wiederum fanden hier nur (nichtbeamtete) außerordentliche, ordentliche und Honorarprofessoren Berücksichtigung.

- 73 Vgl. Grüttner, Wissenschaftler, S. 150.
- 74 Dazu und zum Folgenden siehe Jansen, Professoren, S. 243 sowie Grüttner, Generationskonflikt, S. 341.
- 75 Vgl. dazu Göllnitz, Das »Kieler Gelehrtenverzeichnis« in der Praxis, S. 299. Für die Auswertung der Altersverteilung und die nachfolgende Tabelle wurden nur Privatdozenten, (nicht-beamtete) außerordentliche sowie ordentliche Professoren berücksichtigt.
- 76 Die Zahlen beruhen auf eigenen Berechnungen. Als Grundlage dienten die Kieler Personal- und Vorlesungsverzeichnisse des Sommersemesters 1935 und des Wintersemesters 1936/37 sowie die von Georg Dahm zusammengefassten NSDAP-Mitgliederlisten in LASH, Abt. 47, Nr. 2025 und 2026.
- 77 Für eine ausführliche Analyse des Kieler Lehrkörpers im Sommersemester 1935 unter den Aspekten der Generations- und Fachzugehörigkeit, des akademischen Status sowie des universitären Karrierewegs siehe Göllnitz, Das »Kieler Gelehrtenverzeichnis« in der Praxis.
- 78 Sieg, Nationalisierung, S. 202. Vgl. auch Bollenbeck, Wissenschaftshistoriographie, S. 15.
- 79 Grüttner, Wissenschaftler, S. 150.
- 80 Salewski, Gleichschaltung, S. 4, 13 f., 17. Vgl. auch Erdmann, Wissenschaft, S. 12.
- 81 Siehe dazu auch Jahr, »Das »Führen« ist ein sehr schwieriges Ding«, S. 17 ff. sowie Boch, Exponenten, S. 90.
- 82 Vgl. Vorläufige Maßnahmen zur Vereinfachung der Hochschulverwaltung; siehe ferner die Studie von Seier, Der Rektor als Führer. Auch der Senat der CAU stellte 1934 fest, dass »der Rektor in jeder Hinsicht Führer der Universität« sei. Siehe dazu LASH, Abt. 47, Nr. 1549, Senatsprotokoll der Sitzung vom 15.5.1934.
- 83 Bruch, Universitäts- und Wissenschaftspolitik, S. 294.

Ungedruckte Quellen

Bundesarchiv Berlin [BArch], NS38/2207, Studentenschaft Universität Kiel; R4901/14084, Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, Bd. III vom April 1940; Hausarchiv des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel [HS IfW], Hoffmann, Friedrich: Die Geschichte des Instituts für Weltwirtschaft (Von der Gründung bis zum Ausscheiden des Gründers), 3 Bde., Kiel 1942–1944, unveröffentlichte Manuskripte; Hs Allg., Nr. 23; Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig [LASH], Abt. 47, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Nr. 1092, Nr. 1280, Nr. 1549, Nr. 1590, Nr. 1821, Nr. 2025, Nr. 2026, Nr. 2051, Nr. 2058, Nr. 2081, Nr. 6440, Nr. 6551, Nr. 6639, Nr. 6912 und Nr. 6913; Abt. 811, Kultusministerium, Nr. 12397 und Nr. 16473; Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Kiel [SHLB], Cb 54, Nachlass Ferdinand Tönnies.

Gedruckte Quellen

Daude, Paul: Die Rechtsverhältnisse der Privatdozenten. Zusammenstellung der an den Universitäten Deutschlands und Österreichs, sowie an den deutschsprachigen Universitäten der Schweiz über die rechtliche Stellung der Privatdozenten erlassenen Bestimmungen, Berlin 1896; Dietze, Hans-Helmut: Bericht über die Arbeitstagung zum Kriegseinsatz der deutschen Geisteswissenschaften am 27. und 28.4.1940. In: Kieler Blätter Jg. (1940) H. 3/4, S. 397-398; Harms, Bernhard: Das Königliche Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Kaiser Wilhelm Stiftung, 4. Aufl., Kiel 1918; Ders.: Kriegstagebuch I-IV. Aus der Urschrift 1999 übertragen von Ursula Harms, Stuttgart 1999; Radbruch, Gustav: Gesamtausgabe, Bd. 16: Biographische Schriften, hrsg. von Arthur Kaufmann und bearb. von Günter Spindel, Heidelberg 1988; Reichsgesetzblatt 1934, Teil I, S. 75; Reichshabilitationsordnung vom 13.12.1934. In: Deut-

sche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Amtsblatt des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Unterrichtsverwaltungen der Länder. Amtlicher Teil, Berlin 1935, S. 12-14; Schirmmacher, Arne (Hrsg.): Philipp Lenard: Erinnerungen eines Naturforschers. Kritische annotierte Ausgabe des Originaltyposkriptes von 1931/1943, Berlin 2010; Smend, Rudolf: Hochschule und Parteien. In: Das akademische Deutschland, Bd. 3: Die deutschen Hochschulen in ihren Beziehungen zur Gegenwartskultur, hrsg. von Michael Doeberl u. a., Berlin 1930, S. 153-162; Vorläufige Maßnahmen zur Vereinfachung der Hochschulverwaltung vom 28.10.1933. In: Die deutsche Hochschulverwaltung. Sammlung der das Hochschulwesen betreffenden Gesetze, Verordnungen und Erlasse, Bd. 1, hrsg. von Gerhard Kasper u. a., Berlin 1942, S. 33-34.

Darstellungen

Ash, Mitchell G.: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In: Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, hrsg. von Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas, Stuttgart 2002, S. 32-51; Ders.: Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. In: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 11-46; Auge, Oliver / Göllnitz, Martin: Zwischen Grenz-kampf, Völkerverständigung und der Suche nach demokratischer Identität: Die Landesgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zwischen 1945 und 1965. In: Wissenschaft im Aufbruch. Beiträge zur Wiederbegründung der Kieler Universität nach 1945, hrsg. von Christoph Cornelißen, Essen 2014, S. 101-129; Baumgarten, Marita: Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler, Göttingen 1997; Boch, Ralph: Exponenten des »akademischen Deutschland« in der Zeit des Umbruchs. Studien zu den Universitätsrektoren der Jahre 1945 bis 1950, Marburg 2004; Bollenbeck, Georg: Das neue Interesse an der Wissenschaftshistoriographie und das Forschungsprojekt »semantischer Umbau der Geisteswissenschaften«. In: Semantischer Umbau der Geisteswissenschaften nach 1933 und 1945, hrsg. von dems. und Clemens Knobloch, Heidelberg 2001, S. 9-40; Brocke, Bernhard vom: Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Kaiserreich 1882 – 1907. Das »System Althoff«. In: Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs, hrsg. von Peter Baumgart, Stuttgart 1980, S. 9-118; Ders.: Kultusministerien und Wissenschaftsverwaltungen in Deutschland und Österreich: Systembrüche und Kontinuitäten 1918/19 – 1933/38 – 1945/46. In: Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, hrsg. von Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas, Stuttgart 2002, S. 193-214; Ders.: Preußische Hochschulpolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Kaiserreich und Weimarer Republik. In: Die Universität Greifswald und die deutsche Hochschullandschaft im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Werner Buchholz, Stuttgart 2004, S. 27-56; Bruch, Rüdiger vom: Historiker und Nationalökonomien im Wilhelminischen Deutschland. In: Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815 – 1945. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1983, hrsg. von Klaus Schwabe, Boppard am Rhein 1988, S. 105-150; Ders.: Was war und was ist Universitäts- und Wissenschaftspolitik? Anmerkungen zu einem immer wieder aktuellen Thema. In: Universität im öffentlichen Raum, hrsg. von Rainer Christoph Schwinges, Basel 2008, S. 291-310; Burchard, Lothar: Naturwissenschaftliche Universitätslehrer im Kaiserreich. In: Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815 – 1945. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1983, hrsg. von Klaus Schwabe, Boppard am Rhein 1988, S. 151-214; Bussche, Hendrik van den (Hrsg.): Medizinische Wissenschaft im »Dritten Reich«. Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät, Berlin u. a. 1989; Dainat, Holger: Zur Berufungspolitik in der Neueren deutschen Literaturwissenschaft 1933 – 1945. In: Literaturwissenschaft und Nationalsozialismus, hrsg. von dems. und Lutz Danneberg, Tübingen 2003, S. 55-86; Erdmann, Karl Dietrich: Wissenschaft im Dritten Reich,

Kiel 1967; Faust, Anselm: Professoren für die NSDAP. Zum politischen Verhalten der Hochschullehrer 1932/33. In: *Erziehung und Schulung im Dritten Reich*, Tl. 2: Hochschule, Erwachsenenbildung, hrsg. von Manfred Heinemann, Stuttgart 1980, S. 31-49; Flachowsky, Sören: Krisenmanagement durch institutionalisierte Gemeinschaftsarbeit. Zur Kooperation von Wissenschaft, Industrie und Militär zwischen 1914 und 1933. In: *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Michael Grüttner u. a., Göttingen 2010, S. 83-106; Göllnitz, Martin: Das »Kieler Gelehrtenverzeichnis« in der Praxis. Karrieren von Hochschullehrern im Dritten Reich zwischen Parteizugehörigkeit und Wissenschaft. In: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 16 (2013), S. 291-312; Ders.: Karrieren zwischen Diktatur und Demokratie. Die Berufungspolitik in der Kieler Theologischen Fakultät 1936 bis 1946, Frankfurt a. M. u. a. 2014; Ders.: Umbruch oder Kontinuität? Landesgeschichte unter Christian Degn (1974 – 1978). In: *Gelehrte Köpfe an der Förde. Kieler Professorinnen und Professoren in Wissenschaft und Gesellschaft seit der Universitätsgründung 1665*, hrsg. von Oliver Auge und Swantje Piotrowski, Kiel 2014, S. 217-262; Grüttner, Michael: Die deutschen Universitäten unter dem Hakenkreuz. In: *Zwischen Autonomie und Anpassung: Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*, hrsg. von John Connelly und Michael Grüttner, Paderborn u. a. 2003, S. 67-100; Ders.: Hochschulpolitik zwischen Gau und Reich. In: *Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen »Führerstaat«*, hrsg. von Jürgen John u. a., München 2007, S. 177-193; Ders.: Machtergreifung als Generationskonflikt. Die Krise der Hochschulen und der Aufstieg des Nationalsozialismus. In: *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, hrsg. von Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas, Stuttgart 2002, S. 339-353; Ders.: Nationalsozialistische Wissenschaftler: ein Kollektivporträt. In: *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Michael Grüttner u. a., Göttingen 2010, S. 149-165; Ders.: Wissenschaftspolitik im Nationalsozialismus. In: *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*, hrsg. von Doris Kaufmann, Göttingen 2000, S. 557-585; Hachtmann, Rüdiger: Forschen für Volk und »Führer«. Wissenschaft und Technik. In: *Das »Dritte Reich«. Eine Einführung*, hrsg. von Dietmar Süß und Winfried Süß, München 2008, S. 205-225; Ders.: Wissenschaftsgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 48 (2008), S. 539-606; Ders.: Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«. *Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, Bd. 1, Göttingen 2007; Hausmann, Frank-Rutger: »Auch im Krieg schweigen die Museen nicht«. Die Deutschen Wissenschaftlichen Institute im Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2001; Ders.: »Deutsche Geisteswissenschaft« im Zweiten Weltkrieg. Die »Aktion Ritterbusch« (1940 – 1945), 3., erweiterte Aufl., Heidelberg 2007; Hering, Rainer: Der »unpolitische« Professor? Parteimitgliedschaften Hamburger Hochschullehrer in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«. In: *Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933 – 1945*, Tl. 1: Einleitung, allgemeine Aspekte, hrsg. von Eckart Krause u. a., Berlin u. a. 1991, S. 85-111; Jahr, Christoph: »Das »Führen« ist ein sehr schwieriges Ding«. Anspruch und Wirklichkeit der »Führeruniversität« in Berlin 1933 – 1945. In: *Die Berliner Universität in der NS-Zeit*, Bd. I: Strukturen und Personen, hrsg. von dems., Stuttgart 2005, S. 17-36; Jansen, Christian: Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914 – 1935, Göttingen 1992; John, Jürgen: Universitäten und Wissenschaftskulturen von der Jahrhundertwende 1900 bis zum Ende der Weimarer Republik 1930/33. In: *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Michael Grüttner u. a., Göttingen 2010, S. 23-28; Lichtblau, Klaus: Die Eigenart der kultur- und sozialwissenschaftlichen Begriffsbildung, Wiesbaden 2011; Losemann, Volker: Zur Konzeption der NS-Dozentenlager. In: *Erziehung und Schulung im Dritten Reich*, Tl. 2: Hochschule, Erwachsenenbildung, hrsg. von Manfred Heinemann, Stuttgart 1980, S. 87-109; Meyer-Rewerts, Ulf Gerrit / Stöckmann, Hagen: Das »Manifest der 93«. Ausdruck oder Negation der Zivilgesellschaft? In: *Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells*,

hrsg. von Johanna Klatt und Robert Lorenz, Bielefeld 2011, S. 113-134; Morgenstern, Ulf: Kiel – Leipzig – Straßburg – Göttingen. Oder doch wieder nach Kiel? Über ein juristisches »Old-Boys-Network« und die vermeintlich zufälligen Berufungswege befreundeter Wissenschaftler. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 16 (2013), S. 313-339; Ders.: Sieben Jahre an der Förde. Walther Schücking als Hochschullehrer und internationaler Völkerrechtler in der holsteinischen Universitätsstadt 1926–1933. In: Gelehrte Köpfe an der Förde. Kieler Professorinnen und Professoren in Wissenschaft und Gesellschaft seit der Universitätsgründung 1665, hrsg. von Oliver Auge und Swantje Piotrowski, Kiel 2014, S. 181-215; Nagel, Anne Christine: »Er ist der Schrecken überhaupt der Hochschule«. Der Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund in der Wissenschaftspolitik des Dritten Reichs. In: Universitäten und Studenten im Dritten Reich. Bejahung, Anpassung, Widerstand, hrsg. von Joachim Scholtyseck und Christoph Studt, Berlin 2008, S. 115-132; Dies.: Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 2013; Paletschek, Sylvia: Was heißt »Weltgeltung deutscher Wissenschaft?«. Modernisierungsleistungen und -defizite der Universitäten im Kaiserreich. In: Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, hrsg. von Michael Grüttner u. a., Göttingen 2010, S. 29-54; Petersen, Hans-Christian: Expertisen für die Praxis. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft 1933–1945. In: Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, hrsg. von Christoph Cornelißen und Carsten Mish, Essen 2009, S. 57-79; Ratschko, Karl-Werner: Kieler Hochschulmediziner in der Zeit des Nationalsozialismus. Die Medizinische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität im »Dritten Reich«, Essen 2014; Salewski, Michael: Die Gleichschaltung der Christian-Albrechts-Universität im April 1933, Kiel 1983; Schmeiser, Martin: Akademischer Hasard. Das Berufungsschicksal des Professors und das Schicksal der deutschen Universität 1870–1920. Eine verstehend soziologische Untersuchung, Stuttgart 1994; Schumann, Eva: Von Leipzig nach Göttingen. Eine Studie zu wissenschaftlichen Netzwerken und Freundschaften vor und nach 1945. In: Festschrift der Juristenfakultät zum 600jährigen Bestehen der Universität Leipzig, hrsg. von Mitgliedern der Juristenfakultät, Berlin 2009, S. 633-678; Seier, Hellmut: Der Rektor als Führer. Zur Hochschulpolitik des Reichserziehungsministeriums 1934–1945. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 12 (1964) H. 2, S. 105-146; Sieg, Ulrich: Forcierte Nationalisierung als Komplexitätsreduktion. »Deutsche Wissenschaft« in den Geisteswissenschaften zwischen 1900 und 1945. In: Wissenschaften im 20. Jahrhundert: Universitäten in der modernen Wissenschaftsgesellschaft, hrsg. von Jürgen Reulecke und Volker Roelcke, Stuttgart 2008, S. 189-204; Szöllösi-Janze, Margit: Der Wissenschaftler als Experte. Kooperationsverhältnisse von Staat, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft 1914–1933. In: Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, Bd. 1, hrsg. von Doris Kaufmann, Göttingen 2000, S. 46-64; Dies.: Politisierung der Wissenschaften – Verwissenschaftlichung der Politik. Wissenschaftliche Politikberatung zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. In: Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, hrsg. von Stefan Fisch und Wilfried Rudloff, Berlin 2004, S. 79-100.